

Gilmer Zeitung

Erkheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Broderova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen.
 Preis: Für das Inland vierteljährig Din 10.—, halbjährig Din 20.—, ganzjährig Din 40.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 34

Donnerstag den 27. April 1922

4. [47.] Jahrgang

Nachkriegspolitik und Kultur.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, einer der einsichtsvollsten Staatsmänner Europas, hat neuerdings darauf hingewiesen, daß die Politik der Entente noch immer weit davon entfernt ist, eine Friedenspolitik zu sein, sondern daß sie den Krieg in anderer Gestalt noch immer fortsetze. In finanzieller Beziehung kommt das allen europäischen Staaten empfindlich zum Bewußtsein. Die durch diesen Krieg ungeheuer verschärfte Valutenkrise berührt zu stark alle Kreise der verschiedenen Staatenbevölkerungen, als daß sie die Wirkung der großen Weltpolitik nicht spüren würden. Vielleicht noch schwerer, wenn gegenwärtig weniger offensichtlich, weil nicht unmittelbar an den Leib gehend, ist die fortschreitende Zerstörung europäischer Kultur, die die Entente unter Führung Frankreichs als ihr Werk betrachten kann.

Durch die erst nach dem Waffenstillstande künstlich durch die Entente herbeigeführte Verelendung im Deutschen Reich und im benachbarten Deutschösterreich ist gerade der Mittelstand, der vornehmste Träger der Kultur in Mitteleuropa, am schwersten betroffen, wenn nicht vernichtet worden. Tausende von Familien, die, ohne reich zu sein, über eine reiche Bildung verfügten und sich dadurch einen eigenen Lebensstil geschaffen hatten, durch den sie ständig auf die Waffen wirkten, sind so verarmt, daß sie auf die bescheidensten geistigen Ansprüche und den gesellschaftlichen Verkehr verzichten mußten. Wie stark das auf die allgemeine geistige Lebenshaltung zurückwirkt, wird man erst später sehen, und zwar nicht nur bei den unteren Schichten der deutschen Bevölkerung

selbst, sondern auch bei der gesamten Bevölkerung der Nachbarländer. Denn gerade diese verspüren die kulturzerstörende Wirkung der Entente politik eigentlich schon früher als die Deutschen, weil Frankreich dem Verkehre des Deutschen Reiches und Deutschösterreichs mit seinen Nachbarn fortgesetzt Schwierigkeiten in den Weg zu legen bemüht ist. Der deutsche Kultureinfluß soll zurückgedrängt werden, trotzdem, wie der tschechische Universitätsprofessor Dr. Radek vor einiger Zeit ausführte, Frankreich gegenwärtig nichts zu bieten vermag. Die Bevölkerung der Nachfolgestaaten hat also eine fortschreitende Einbuße an Kultur zu verzeichnen. Der frühere ungarische Minister Dr. Gratz beschäftigt sich mit dieser Erscheinung und seine Ausführungen treffen nicht nur auf Ungarn zu, sondern können ruhig auch auf die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten bezogen werden. Zumal sich auch in unserem Staate kluge und weltliche Männer, denen Kultur um ihrer selbst willen teuer und kein Streitsobjekt politischer Propaganda ist, schon oft genug in ähnlichem Sinne geäußert haben. Dr. Gratz schreibt:

„Ich will nicht behaupten, daß wir seit dem Umsturze unsere westliche Kultur verloren haben. Aber es zeigen sich an ihr gewisse Risse und Sprünge, denen man rechtzeitig die größte Beachtung schenken muß, weil sie eine bedenkliche Tendenz unserer ganzen Gesellschaft zum Hinabgleiten von jener Höhe verrät, die wir in unserer Kultur vor dem Kriege erreicht haben. Auch der Krieg hat in dieser Hinsicht geschadet, bei uns ebenso wie überall, aber der wichtigste Grund für diesen Prozeß liegt in der Lockerung jener Bande, die Ungarn mit dem Westen, und zwar in erster Reihe über Deutschösterreich mit dem großen Deutschen Reiche verknüpft haben. Erst jetzt,

wo der wohlthätige Einfluß dieser Beziehungen nachgelassen hat, erhält man einen klaren Begriff davon, was seine Bedeutung für uns gewesen ist. Die Trennung von Deutschösterreich ist eine vollständige; aber selbst wenn sie es nicht wäre, die einseitige Klassenpolitik, die heute in Oesterreich herrscht und die die besten und kulturell höchstehenden Elemente der Gesellschaft in der Politik zur Ohnmacht verdammte hat, und die in Verbindung mit dem valutaren Glende Deutschösterreichs austauchende Lockerung der Geschäftsmoral würden den früheren wohlthätigen Einfluß auf unsere Sitten nicht mehr im gleichen Maße ausüben. Deutschland hat unter der Wucht der Schicksalsschläge, die es in den letzten Jahren getroffen haben, viel von seiner alten Anziehungskraft, die es besonders auf Ungarn ausübte, eingebüßt. Wir hatten uns — man braucht bloß unsere Gesetze anzusehen, die vielfach eine Kopie oder Nachbildung deutscher Gesetzesgeschöpfungen waren — in unserem öffentlichen Leben vorwiegend nach dem Deutschen Reiche orientiert. Diese Orientierung fehlt uns heute und wir müssen sie durch unsere eigene, leider nicht immer genügend starke Kulturkraft ersetzen. Dagegen sind jetzt neue Beziehungen zwischen uns und anderen Ländern entstanden, die uns bisher fremd waren und geistig fern lagen. Dieser Verkehr aber schafft eine Anzahl kleiner und großer Kanäle, durch die orientalische Kultur und orientalische Sitten in Ungarn Eingang finden werden. Heute, wo diese Gegenden noch einen Verteidigungskampf gegen das Untertauchen in der niedrigeren Kultur führen, macht sich das vielleicht weniger bemerkbar, aber die der westlichen Kultur Ungarns daraus drohenden Gefahren werden von Jahr zu Jahr größer.“

Die Mitwirkung Deutschlands am Wiederaufbaue Rußlands.

Deutschland hat rechtzeitig erkannt, daß es ratsam erscheint, nicht erst den Sturz der Sowjetregierung abzuwarten, sondern möglichst bald mit der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu beginnen. Heute ist Deutschland bereits in bezug auf die Wareneinfuhr nach Rußland der schärfste Konkurrent Englands, das lange Zeit eine zuwartende Haltung einnahm und nun zusehen muß, wie es auf den russischen Märkten von Deutschlands Industrie überflügelt wird.

Die deutsche Schwerindustrie schenkt seit geraumer Zeit dem russischen Markte erhöhte Aufmerksamkeit. Insbesondere die zum Stinnes-Konzern gehörigen Unternehmungen sind es, die die Märkte Sowjetrußlands aufs eifrigste bearbeiten lassen. Deutschland liefert nach Rußland hauptsächlich Produkte der Schwerindustrie, wie Eisenbahnmaterial, Maschinen und Geräte, Chemikalien und Textilien. Es nahm schon im Vorjahre im russischen Export hinter England die zweite Stelle ein. England führte in den ersten drei Quartalen 1921 nach Rußland 11.6 Millionen Rubel Waren ein, Deutschland 8.2 Millionen Rubel. Dann folgen Nordamerika mit 6.9 Millionen Rubel und Schweden mit 2.9 Millionen Rubel. Der an und für sich noch geringe Warenbedarf Sowjetrußlands steigt rapit an. Während die Einfuhr im ersten Quartale 1921 erst 2.7 Millionen

Rubel betragen hatte, war sie im dritten Quartale bereits auf 24.2 Millionen Rubel angewachsen.

Der Umsatz der Handelsabteilung der Sowjetregierung mit Deutschland ist auch für das ganze Jahr 1921 bereits bekannt. Es handelt sich hierbei um 1250 einzelne Bestellungen, die mit der Handelsabteilung in Berlin getätigt worden sind. Ein großer Teil der Bestellungen betraf komplette Fabrikseinrichtungen. An landwirtschaftlichen Maschinen betrug der deutsche Export nach Rußland im Vorjahre bereits 130 Millionen Mark. Ferner wurden deutsche Elektroartikel zu rund 100 Millionen Mark, chemische Waren zu 75 Millionen Mark usw. geliefert. Rußland exportierte im Vorjahre nach Deutschland nur geringe Mengen von Rohstoffen (hauptsächlich Holz, Asbest usw.).

Es ist klar, daß der Abschluß des deutsch-russischen Abkommens dem Handel Deutschlands mit Rußland nur förderlich sein kann. Deutschland hat inzwischen auch der schlechten Finanzlage Rußlands Rechnung getragen, indem Handelsorganisationen geschaffen wurden, die den Warenaustausch betreiben. So wurde eine deutsch-russische Metallgesellschaft gegründet, die es sich zur Aufgabe machte, das in Rußland in großen Mengen vorhandene Altmaterial (Eisen, Stahl usw.) nach Deutschland auszuführen und hierfür Neueisen einzutauschen. Die Vorteile dieses Austauschverkehrs sind beiderseitig. Deutschland hat großen Mangel an Neueisen und benötigt Altmaterial sehr dringend. Rußland zahlt mit diesem Altmaterial einen erheblichen Teil seiner Bezüge an deutschen Eisenwaren und Maschinen.

Daß Deutschland die Absicht hat, das Hauptgeschäft beim Wiederaufbaue Rußlands an sich zu reißen, ist seit langem erkennbar. Die deutschen Fabrikate sind seit langer Zeit in Rußland gut bekannt, da Deutschland in der Vorkriegszeit, insbesondere in Eisen und Maschinen, einen großen Export nach dem früheren Rußland unterhalten hat. Es gibt natürlich auch noch andere Beweggründe, die Deutschlands Handel und Industrie veranlassen, die Intensivierung des Verkehrs mit Sowjetrußland möglichst zu betreiben. Vor allem ist in Rußland ein enormer Bedarf zu befriedigen. Die Industrie Rußlands soll mit Hilfe des Privatkapitals wieder aufgebaut werden. Nach und nach treten wieder Privatunternehmer in ihre Rechte, Staatswerke wurden an Privatgesellschaften verpachtet und auch sonst dominiert in Rußland bereits wieder die Privatinitiative.

Der Wiederaufbau geht angesichts der enormen Verwüstungen, die der Krieg und hernach die Sowjet Herrschaft angefüllt haben, nur langsam vonstatten, da es in Rußland nicht nur an Fertigfabrikaten, sondern auch an Urprodukten mangelt. Die Eisenerzförderung und die Roheisenproduktion betragen erst kleine Bruchteile der Friedensmengen. Das frühere Rußland verfügte über eine Roheisenerzeugung von zirka 5 Millionen Tonnen; die Stahlproduktion war noch um eine halbe Million Tonnen höher. Das für den Wiederaufbau der Bahnen, der Fabriken und der Landwirtschaft erforderliche Material muß also größtenteils aus dem Auslande bezogen werden. Dies hat die meisten In

Das Problem der Rettung aus der Wohnungsnot.

(Zuschrift aus Oberkrain.)

III.

Die Wohnungsfrage kann aber meiner Meinung nach nicht nur von dem Standpunkte aus gelöst werden, daß dieses Problem für eine Aufgabe der Gesamtheit gehalten und die Abschaffung der individuellen Zuweisung der Wohnungen durchgeführt wird. Jeder, der eine Wohnung sucht, soll sie selbst auswählen können und zwar nach seinen individuellen Verhältnissen und Forderungen. Das kann aber nur dadurch erreicht werden, daß sich die Gesamtheit des Volkes zu der möglichst weitgehenden Einschränkung in der Miete von Wohnungs-, Betriebs- und Geschäftsräumen befehrt. Dadurch kann allen Obdachlosen und Wohnungsuchenden zu Wohnungen, Geschäften und Betrieben verholfen werden. Dies müßte früher oder später zu erreichen sein, am besten möglichst bald. Es ergibt sich die Frage wie. Ich will im folgenden eine Möglichkeit ausführen, die zwar nicht ohne Schwierigkeiten, aber geeignet ist, der Wohnungsmisere ein Ende zu bereiten und als Uebergangsmaßregel die normalen Verhältnisse der Vorkriegszeit und die normale Bautätigkeit herbeizuführen. Was von dem hier Gesagten für die Familienwohnungen gilt, gilt mutatis mutandis auch für die Betriebs- und Geschäftsräume. Mit möglichst kleinen Wohnungen würden die Bewohner zufrieden sein, wenn sie sähen, daß alle mit solchen knappen, nach dem Bedürfnis zugeteilten Wohnungen ihr Genüge finden müssen. Dieser Zustand trat ein, wenn eine allgemeine Steigerung des Mietgeldes im gerechten Vergleich mit der allgemeinen Entwertung des Geldes innerhalb des Staates zugelassen würde. Als Basis hätte der Mietzins vor dem Kriege zu dienen, multipliziert mit höchstens 25 bis 35. Allerdings ist dabei immer wieder das eine zu bedenken, daß die armen und ärmsten Schichten der Bevölkerung eine solche Steigerung nicht ertragen und zur Verzweiflung getrieben würden, während sie von den Reichen nicht sonderlich empfunden werden würde. Wie würde also ein erträglicher Ausgleich zu finden sein? Die jetzige Wohnungskrise geht alle an, Arme, Arbeitsame und Nichtarbeitsame, betrifft das Volk in seiner Gesamtheit: es müßte daher den Armen ausgiebig geholfen, den Reichen dagegen, ohne Rücksicht darauf, daß sie vielleicht auch Hausbesitzer sind, eine Last aufgebürdet werden, die den Armen abgenommen wird. Den Staatsangestellten müßte der Staat das Mietgeld zahlen, mit Berücksichtigung ihres Familienstandes und, was heutzutage so gern vergessen wird, ihrer sozialen Lage. Die außerordentliche Steigerung des Mietzinses würde auch die Industrie und sonstige private Betriebe zwingen, das bisherige Quartiergeld ihrer Angestellten und Arbeiter entsprechend zu erhöhen. Für die Armen und Armenisten, die

industriestaaten, darunter auch die großen Eisenproduzenten (wie Deutschland, England, Amerika und Schweden) veranlaßt, dem russischen Absatzmarkt erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, zumal besonders in den westlichen Staaten wegen der allgemeinen industriellen Absatzmöglichkeiten derzeit schwer zu finden sind.

Nun droht besonders von Seiten der polnischen Industrie ein scharfer Wettbewerb in Sowjetrußland. Im früheren Kongresspolen, das Rußland zunächst gelegen wäre, ist die einschlägige Industrie allerdings derzeit — und voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus — nicht in der Lage, einen nennenswerten Export nach Rußland zu unterhalten. Immerhin hat zum Beispiel die Lodzer Textilindustrie ihre Lieferungen an Rußland bereits aufnehmen können. Polen wird jedoch bekanntlich binnen kurzem durch Zusammenschlagung von Polnisch-Oberschlesien mit Kongresspolen über eine leistungsfähige Schwerindustrie verfügen, die unter dem Einflusse der in die oberschlesische Industrie eingebrungenen französischen und englischen Kapitalisten voraussichtlich sich auch bald dem russischen Markte zuwenden wird, zumal sie fruchtlich am günstigsten situiert ist. Die polnisch-oberschlesische Montanindustrie, die bald völlig unter polnisch-französischem Einflusse stehen wird, könnte daher in absehbarer Zeit auf den russischen Märkten eine einflußreiche Stellung erlangen. Auch diese Erwägungen scheinen in Deutschland beim Abschlusse des Vertrages in den Kalkül gezogen worden zu sein.

N. Fr. B.

über keine beständigen oder entsprechende Einkünfte verfügen, müßte der Staat einspringen und zwar im Rahmen von begründeten Gesuchen und entsprechenden Vorschriften. Um den Staat in die Lage zu versetzen, dies zu leisten, wäre für ihn die Einnahmsquelle der Miet- und Haussteuer und überdies der Luxussteuer zu schaffen, womit Mietsparteien und Hausbesitzer zu belogen wären, die eine übermäßige Zahl bequemer Wohnungs-, Betriebs- und Geschäftsräume besitzen, z. B. für das erste entbehrliche Zimmer 20%, für das zweite entbehrliche Zimmer 30%, für das dritte 45% des Mietwertes usw., ohne Einschränkung nach oben. Ich bezweifle es, ob nach der Durchführung dieser Grundsätze eine Familie von fünf bis sechs Personen eine Wohnung mit mehr als 20 Wohnräumen behalten könnte, während oft am selben Orte Arbeiterfamilien mit zehn Personen in einem Zimmer und einer mittelmäßig großen Küche wohnen müssen. Andererseits ist auch daran nicht zu zweifeln, daß bequeme Leute mit dem Minimum der Wohnräume nicht zufrieden wären. Der Effekt einer solchen Luxussteuer wäre in moralischer Hinsicht vollkommen gerechtfertigt.

Miet- und Haussteuer plus Luxussteuer gäben so viel aus, daß der Staat die Auszahlung des Quartiergeldes an die Staatsbediensteten, die aktiven und pensionierten Angestellten und die Armen ohne Schwierigkeiten übernehmen könnte. Großen Nutzen hätten dabei auch die autonomen Körper (Gemeinde usw.) wegen des zunehmenden Erfolges aus den Steuerzuschlägen der Haus- und Mietsteuer. Es wäre nicht nötig, die Steuerzuschläge in einem fort zu erhöhen, wodurch besonders die Erwerbsteuer vermindert würde. Die Teuerung würde deshalb nicht zunehmen, weil sie in gleichem Maße auch die jetzigen Steuerzuschläge veranlassen. Was aber der wichtigste Erfolg wäre: die Baulust würde gehoben werden. Neue Gebäude würden gebaut werden, ohne den jetzt nötigen individuellen Zwang und die sonstigen Einwirkungen, die schon stehenden Häuser renoviert und hergerichtet, neue Wohnungen würden durch den Bau neuer Stockwerke und durch die Ausnützung eines jeden Raumes im Hause geschaffen werden. Wenn in Betracht gezogen wird, daß Reparaturarbeiten an alten Häusern zu den gegenwärtigen Preisen ausgeführt werden, daß z. B. ein Ziegel 60 bis 80 mal teurer zu stehen kommt als vor dem Kriege, daß der Lohn der Professionisten 25 bis 35 mal höher ist, dann kann nicht behauptet werden, daß mein Vorschlag kapitalistisch sei oder daß dadurch die Hausbesitzer begünstigt werden sollen. Im Gegenteil, er bezieht alle Schichten in gleichem Maße in sich ein und würde allen Gleichheit in der freien Auswahl der Wohnungen und der Betriebsräume bringen. Jedenfalls könnten die Hausbesitzer, deren Einkünfte aus ihren Häusern unverhältnismäßig hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben sind, wenigstens in eine annähernde Relation zu den Teuerungsverhältnissen kommen. Um die Parteien vor plötzlichen Aufkündigungen zu schützen, wäre nach wie vor nötig, daß unter gewissen Bedingungen für eine entsprechende Zeitsfrist den Hausbesitzern das Aufkündigungsrecht abgenommen oder wenigstens ausgiebig eingeschränkt wird. Noch ehe die Verordnung ihre Gültigkeit erreichte, müßte aber die Frage des Quartiergeldes der Staatsangestellten reguliert werden, gleichlaufend mit der Regelung in der Industrie und den privaten Unternehmungen.

Nach meiner Meinung könnte die Durchführung dieser Grundsätze nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. In diese Richtung sollten die Fachleute ihre Untersuchungen lenken. Die Bemessung der Luxussteuer sowohl als die Bemessung der Unterstützung für die Armen aus der Staatskasse sollte den bisherigen Wohnungsbehörden überlassen werden, wobei dem Vorsitzenden, der ein Staatsbeamter sein müßte, und der Steuerobrigkeit als der Vertreterin des Arzars eine entsprechende Kompetenz eingeräumt werden müßte. Ich bin mir bewußt, daß mein Vorschlag Einwürfen aller Art ausgesetzt ist. Das eine steht nichtsfest: die Wohnungsfrage würde durch seine Ausführung eine Frage und eine Last der Allgemeinheit werden, was bis jetzt nicht der Fall war.

Ehe ich meine Zeilen schließe, möchte ich der Sachlichkeit halber erwähnen, daß aus mir nicht etwa ein Hausbesitzer redet. Ich bin nur ein bescheidener Mieter und Beamter, der den bisherigen Rettungsversuchen in der Frage der Wohnungsnot in die Quere gekommen ist.

(Ende.)

Politische Rundschau.

Inland.

Aus dem Ministerrat.

Auf der Sitzung des Ministerrates vom 24. April berichtete der Innenminister Voja Marinković über die Katastrophe von Bitoli. Hierauf wurde die Verordnung über die Einteilung des Staates in Verwaltungsgebiete unterfertigt. Die Verhandlung über die neue amerikanische Anleihe endete mit der Ermächtigung des Finanzministers Dr. Rumanudi, die amerikanische Anleihe abzuschließen. Mit der zeitweiligen Vertretung der beiden zurückgetretenen muslimanischen Minister Bilović und Omerović wurde der Justizminister Dr. Baza Marković betraut.

Die Unterzeichnung der Verordnung über die Gebietseinteilung des Staates.

Wie aus Beograd gemeldet wird, wurde am 24. April die Verordnung über die Einteilung des Staates in Verwaltungsgebiete unterschrieben. Die Wojwodina wird demnach in zwei, Bosnien in vier, Dalmatien in zwei, Slowenen in zwei, Montenegro in ein, Kroatien in vier und Serbien in elf Verwaltungsgebiete eingeteilt. Die Gesamtzahl der Verwaltungsgebiete beträgt 26. Slowenen zerfällt in den Ljubljanaer und Mariborer Verwaltungsbezirk.

Demission des Ministers für soziale Fürsorge.

Wie aus Beograd gemeldet wird, hat der Minister für soziale Fürsorge Dr. Gregor Jerjav infolge seiner Krankheit die Niederlegung seiner Ministerstelle angekündigt. Der demokratische Klub wird auf einer seiner nächsten Sitzungen bestimmen, wer an Stelle Dr. Jerjav's das Portefeuille für soziale Fürsorge zu übernehmen hat.

Ausland.

Die Konferenz der Krisen.

Der Sonderberichterstatter des Pariser Devoreschreibt zu der Protestnote, die der Leiter der französischen Delegation in Genua an den Ministerpräsidenten de Facta gegen die deutsche Antwortnote gesendet hat: „Dies alles geschieht, um unseren nationalen Völkern zufriedenzustellen, der, wenn man seine Handlungen von etwas weiter her betrachtet, wirklich die Aufgabe zu haben scheint, unser Land lächerlich und vor der ganzen Welt verächtlich zu machen. Der Zwischenfall mit dem deutsch-russischen Abkommen ist geregelt, aber Frankreich nimmt ihn wieder auf. Man braucht kein großer Mann zu sein, um voranzusehen, daß auch diesmal wieder die Einmütigkeit gegen uns sein wird und daß diejenigen, die vor zwei Tagen gegen Deutschland geschrieben haben, uns morgen begreiflich machen werden, daß wir unsere Forderungen zurückziehen müssen. Was das russische Problem anlangt, so behandeln wir es genau so lächerlich. Die Russen waren bereit, in allen wesentlichen Fragen nachzugeben. Wir aber lassen keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen, unsere Festigkeit in bedeutungslosen Einzelfragen zu zeigen und den Bolschewiken einen leichten Triumph zu sichern, der auf das Volk Eindruck macht. Die Genueser Konferenz war eine große Hoffnung. Heute jedoch muß man zugestehen, daß ihr Wirken mehr und mehr gefährdet wird. Wer wird die Verantwortung dafür tragen? Diejenigen, die an die Konferenz glaubten, oder diejenigen, die alles getan haben, um sie zum Scheitern zu bringen? Ist es nicht seltsam, daß die Konferenz genau so zum Untergang verurteilt zu sein scheint, wie der Oberste Rat von Cannes und daß es dieselben sind, die unsere Angelegenheiten in Genua führen, die seinerzeit Cannes zum Scheitern gebracht haben. In anderer Zeit könnte dies alles spaßig sein. In diesem Augenblicke ist es tragisch.“ — In der Tat drohen der Konferenz von französischer Seite fortgesetzt Gefahren für ihren Weiterbestand. Am 22. April haben die französischen und nach ihnen die japanischen Sachverständigen die Unterkommission für russische Angelegenheiten verlassen. Bezeichnenderweise führen sie ihr Abgehen auf den Widerspruch zurück, der zwischen dem russischen Memorandum und dem weitgehende Zugeständnisse enthaltenden Schreiben Tschitscherins an Lloyd George besteht, also auf ein offenbar gewolltes Mißverständnis, da das Memorandum durch den Brief aufgehoben wurde. Am selben Tage, einem der kritischsten des bisherigen Konferenzverlaufes, fand eine Zusammenkunft der Allierten statt, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Lloyd

George und Barthou kam. Lloyd George beharrte zunächst auf seinem Standpunkte, daß mit dem Antwortschreiben des deutschen Reichskanzlers bezüglich des deutsch-russischen Vertrages für ihn die Angelegenheit erledigt sei. De Facta schloß sich dem an. Barthou, der von den Pariser nationalistischen Kreisen zu einem neuerlichen Sturm laufe gegen den deutsch-russischen Vertrag getrieben wurde, bestand auf einer Note auf die deutsche Note. Der Zweck des Ganzen ist, die Konferenz in der Frage des deutsch-russischen Abkommens nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Die Bereitwilligkeit Lloyd George's machte sich in einigen Bemerkungen Luft, welche die französischen Absichten enthüllen. Er sagte: „Die Konferenz berät von einer Krise zur anderen. Sie findet keine Ruhe zur sachlichen Arbeit. Das muß aufhören. Ich werde die ganze Welt darüber aufklären, wer eigentlich die Leute sind, die nicht wünschen, daß die Konferenz von Genua zu Ergebnissen gelange.“ In Paris soll fieberhafte Aufregung herrschen. Es wurden nicht-dementierte Meldungen über eine Bereitstellung der französischen Industrie für eine eventuelle Mobilmachung verbreitet. Lloyd George hat zur heftig verstimmten Ueberraschung in Frankreich die Führung in dem deutsch-russischen Zwischenfalle an sich gerissen, um die Angelegenheit für erledigt zu erklären, und in London glaubt man, daß der Weg zur politischen Anerkennung Rußlands, mit dessen Vertretern man ja verhandelt, bald frei sein werde. In Frankreich wird aber genau das Gegenteil erklärt. Die Chauvinisten toben und die Sprache der Öffentlichkeit ist kaum je so heftig gewesen als jetzt. In Genua selbst wird, wie ein französischer Berichterstatter meldet, die Haltung der Franzosen als ein Versuch angesehen, die Konferenz zu torpedieren. Die Konferenz der Krisen tagt seit vierzehn Tagen und hat aus sich heraus noch nichts geleistet.

Lloyd George gegen Frankreich.

Lloyd George erklärte auf der Sitzung, in deren stürmischem Verlaufe die Antwort der Verbündeten auf die deutsche Note fertiggestellt wurde: Ich erkläre offen im Namen der englischen Delegation: Wenn es sich darum handeln sollte, den alten Kampfsgeist beizubehalten, um die alten Gegensätze wieder aufleben zu lassen, wird die englische Demokratie endgültig außerhalb dieser Entente bleiben. Die jüngsten Ereignisse haben den Enthusiasmus des englischen Volkes für eine Entente mit den Verbündeten abgekühlt. Sollte sich eine Trennung zwischen uns vollziehen, so würde mich dies aufrichtig betrüben. Vor, während und nach dem Kriege habe ich alles Mögliche getan, um einen Bruch zu vermeiden. Selbst während dieser Konferenz habe ich mich immer in der gleichen Note bewegt, aber es ist nötig, daß man ein für allemal weiß: England wird sich auf die Seite derjenigen stellen, die den Frieden wollen, einerlei, wer sie sind und woher sie kommen. England wird alle Hindernisse überwinden, die es auf diesem Wege finden wird.

Der vergessene Koffer.

Die Berliner Tägl. Rundschau kommt in der Untersuchung der Frage, warum in Genua die russische Vertretung ungleich vorteilhafter abschnitte und viel weniger angegriffen werde als die deutsche zu nachstehendem Ergebnis: Des Rätsels Lösung liegt darin, daß Paris und London wohl unterrichtet sind über jene die Kriegsschuld betreffenden Materialien aus den Kreml-Archiven, mit denen die Moskauer in Genua aufzuwarten bereit sind. Es liegt in Tschitscherins Hand, der ganzen Entente in jedem ihm zweckmäßig erscheinenden Augenblick die Maske vom Gesicht zu reißen und der Weltöffentlichkeit die Wahrheit über Kriegsbeginn und Kriegsschuld zu verraten, die bisher infolge der immer noch fortwirkenden Propaganda der Gegenseite verhällt und verschleiert geblieben ist. Die Russen haben den Koffer mit Akten zu diesem Thema noch nicht ausgepackt — in den geheimen Verhandlungen mit Lloyd George war bereits die Rede davon — aber die Engländer und Franzosen wissen ganz genau, daß Tschitscherin ihn zur Hand hat und er braucht nur ein wenig mit den Schlüsseln zu klappern, um die Gegenseite zu neuen Erwägungen über die Verständigungsmöglichkeiten zu veranlassen. Auch die Berliner Wilhelmstraße verfügt über ein erdrückendes Material zur Klarstellung der Kriegsschuldfrage. Es hätte ein ansehnliches Handlöschchen damit vollgepackt werden sollen. Solange die Alliierten gewiß zu sein glauben, daß Deutschland ihre Angriffe nur mit zahmen Verteiligungen beantwortet, werden sie immer wieder geneigt sein, Deutschland zu schürzeln und jede Möglichkeit zu antibeutscher Propaganda auszunützen. Ganz anders lägen die

Dinge am Ende, wenn Deutschland selbst diplomatische Angriffsbereitschaft zeigte, wenn beispielsweise das vergessene Rösschen zur Hand wäre.

Der König von Italien in Genua.

Am 22. April fuhr der König von Italien an Bord des Kriegsschiffes „Conte Cavour“ im Hafen von Genua ein. Der Empfang war ungemein feierlich. Zum Festessen, das der König an Bord des Kriegsschiffes gab, wurden die Führer der Delegationen eingeladen. Die Sensation der Tafel war der Umstand, daß zum erstenmale Vertreter der föderierten Sowjetrepublik mit einem europäischen Monarchen am selben Tische saßen. Von den Russen waren Tschitscherin und Krassin erschienen. Der König ließ sich vor dem Essen die einzelnen Herren vorstellen. Dem deutschen Reichskanzler antwortete er mit besonderer Herzlichkeit. Tschitscherin, im tadellosen Frack, unterhielt sich reichlich eine Viertelstunde mit dem König. Nationalistische Blätter heben nicht ohne Besorgnis hervor, daß der Austausch von Handgedrücken zwischen dem Monarchen und den Bolschewiken einer Anerkennung gleichkomme, die weiter gehe als das, was man auf der Konferenz beschließen könnte. Nach der Tischordnung saß Tschitscherin dem Erzbischof von Genua gegenüber, mit dem er sich über die religiösen Verhältnisse in Rußland unterhielt. Tschitscherin berichtete, daß in Rußland jedermann in voller Freiheit seinen religiösen Uebungen obliegen könne. Da man sich, weil keine offiziellen Reden gehalten wurden, doch einmal zutrinken mußte, erhob Tschitscherin sein Glas auf das Wohl des Erzbischofs, der lächelnd Bescheid gab. Es sei erwähnt, daß Tschitscherin einer alten russischen Aristokratenfamilie entstammt, sein diplomatisches Amt unter dem Zaren infolge seiner sozialistischen Ueberzeugung niedergelegt und seine glänzenden Gaben ganz der Vorbereitung der Revolution gewidmet hat.

Die Vertreter der nationalen Minderheiten in Genua.

Wie sich das Neusäcker Deutsche Volksblatt aus Brüssel melden läßt, werden in Genua Vertreter der unterdrückten Minderheiten als Zeugen vernommen werden. Darunter für die Deutschen Dr. Konstantin und Karl Kaiser (aus Escherwenta in der Batscha), für die Ungarn Dionys Sagydy und Anton Papp, für die Ruthenen Dr. Andreas Basko, für die Slowaken Ferdinand Jedlicka und Viktor Dworjak.

Die Konferenz der Völkerbundliga in München.

In dem Hause der Münchener Handelskammer tagt seit einigen Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse eine Konferenz der Völkerbundliga unter Vorsitz des Engländers Dickinson, der auch die Verhältnisse in unserem Staate aus eigener Anschauung kennen gelernt hat. Vertreter haben entsandt Deutschösterreich, die Tschchoslowakei, Jugoslawien, England, Frankreich, Italien, die Schweiz, Holland, Belgien, Polen, Rumänien und Griechenland. Zu dieser Konferenz, die sich hauptsächlich mit dem Problem des Minderheitenschutzes beschäftigt, wurden auch Vertreter der nationalen Minderheiten zugelassen, um eventuelle Beschwerden vorzubringen. Die Deutschböhmen vertritt der Abg. Dr. Meisinger.

Aus Stadt und Land.

Der Autounfall des Ministerpräsidenten. Aus Beograd wird unter dem 24. April gemeldet: Heute nachmittag fuhr der Ministerpräsident Nikola Pašić in das Ministerpräsidium. Beim Hotel „London“ wurde der rückwärtige Teil seines Auto von einem Straßenbahnwagen gefaßt. Pašić wollte aus dem Automobil springen, hatte jedoch keine Zeit mehr dazu, der starke Anprall schleuderte ihn zu Boden. Er wurde zuerst in seine Wohnung, später in ein Sanatorium überführt. Die Ärzte stellten Verletzungen der Rippen und der Beine fest, innere Verletzungen scheint der Ministerpräsident nicht erlitten zu haben. Er wird einige Tage das Bett hüten müssen.

Hochzeitsgeschenke für den König. Der Gemeinderat der Stadt Neusatz hat beschlossen, dem Könige eine Million Dinar als Hochzeitsgeschenk zu verehren. Wie aus Sombor gemeldet wird, wurde auf der letzten Konferenz zwischen dem Stellvertreter des Vizegespans des Komitats Batsch-Bodrog und den Oberpublizisten beschlossen, den zur Anschaffung des Hochzeitsgeschenk für den König

Alexander erforderlichen Betrag von viereinhalf Millionen Dinar im Wege einer progressiven Steuer zu beschaffen.

Vermählung. Herr Ministerialbizeseekretär Richard Marchl hat sich in Wien mit Fräulein Stephanie Scholtys vermählt.

Das Konzert der hiesigen orthodoxen Kirchengemeinde am 22. April hat einen schönen Verlauf genommen. Wir werden in unserer Sonntagsnummer des näheren darüber berichten.

Transferierung. Dem Slov. Narod wird aus Celje gemeldet: Herr Oberst Kerchelič vom Militärbezirkskommando Celje wurde zum Militärbezirkskommandanten in Mostar ernannt. Durch seine konziliante Art hat sich Oberst Kerchelič, der während dreier Jahre in Celje weilte, die allgemeinen Sympathien erworben. Seine Gemahlin werden die verschiedenen Vereine, in denen sie mit großer Opferwilligkeit wirkte, schwer vermissen.

Auszahlung der Teuerungszulagen für Beamte. Der Finanzminister hat an alle Finanzverwaltungen den Befehl ergehen lassen, am 1. Mai die Teuerungszulagen für die Monate Februar und März auszuzahlen. Für die Monate April und Mai gelangen sie erst nach der endgültigen Reduzierung der Beamtenschaft, voraussichtlich Ende Mai, zur Auszahlung.

Zur baldigen Ueberfiedlung des Zollamtes in das neue Zollgebäude in der Nähe des Bahnhofs schreibt der Slov. Narod: In der Stadtsparkasse werden auf diese Weise die Räume frei, die schon seit langem dem städtischen Museum zugebacht sind. Es wäre angezeigt, daß dieses nun, da es mit hohen Kosten neu gestaltet wird, endgültige Räumlichkeiten am schönsten Punkte der ganzen Stadt erhält. Der Museumsverein in Celje wolle sich an das Wohnungsamt wenden, das sicherlich soviel Kulturempfinden besitzen wird, das Museum unter das gehörige Dach zu bringen.

Besitz und Tragen von Waffen. Der Stadtmagistrat Celje verlauntbart: Im Sinne des Gesetzes über den Besitz und das Tragen von Waffen vom 18. Februar 1922, verlauntbart im Amtsblatt der Gebietsverwaltung für Slowenien vom 31. März 1922, Nr. 30, ferner auf Grund der Entschleßung der Gebietsverwaltung für Slowenien, Abteilung für innere Angelegenheiten, vom 5. April 1922, Zl. 17.976, wird verlauntbart: Nach Artikel 1 des angeführten Gesetzes ist der Besitz von Waffen (Gewehren und Revolvern) in Häusern frei, jedoch können die Polizeibehörden in Ausnahmefällen, wenn die öffentliche Sicherheit bedroht erscheint, nach eingeholter Genehmigung von Seite des Innenministeriums den Besitz von Waffen verbieten. Im Sinne des Artikels 2 des zitierten Gesetzes muß jeder Staatsbürger, der sich im Besitze einer Schußwaffe (Gewehr oder Revolver) befindet, der staatlichen Behörde melden, was für eine Waffe er besitzt. Dies hat auch zu geschehen, falls er einen Waffentausch vornimmt. Artikel 3 bestimmt, daß jedermann, der sich gegen Artikel 2 vergeht, mit einer Geldstrafe von 100 bis 500 Dinar oder mit Arrest bis zu 14 Tagen und der Konfiskation der nichtangemeldeten Waffe zugunsten des Staatsfiskus zu bestrafen ist. Im Sinne des Artikels 4 darf niemand eine Schußwaffe bei sich tragen ohne die schriftliche Bewilligung (Waffenpaß) der zuständigen Bezirkshauptmannschaft. Davon sind nur Leute ausgenommen, die infolge ihres Dienstes oder Berufes das Recht oder die Pflicht haben, Waffen zu tragen. Die Erlaubnis zum Tragen von Waffen (Waffenpaß) wird nach den dargelegten Vorschlägen der Gemeinde- und der untergeordneten staatlichen Behörden nur Personen erteilt, welche die begründete Notwendigkeit zum Tragen von Waffen dartun und durch ihre Person die Gewähr bieten, daß kein Mißbrauch damit getrieben wird. Wer Waffen trägt, muß den Waffenpaß mit sich führen. Der Besitz und das Tragen von Militärgewehren ist verboten. Das Wesen des Gesetzes beruht also darin, daß der Besitz von Waffen (Gewehren und Revolvern), mit Ausnahme des im Artikel 1 vorgesehenen Falles, frei und im Sinne des Artikels 2 nur an die Anmeldung gebunden ist, während das Tragen von Waffen durch einen Waffenpaß, der von der politischen bzw. der Polizeibehörde 1. Instanz ausgestellt wird, gedeckt werden muß. Im Sinne des Artikels 2 des oben-erwähnten Gesetzes hat das Innenministerium am 21. März l. J. mit Entschleßung J. B. Zl. 5651 die Verfügung erlassen, daß alle Besitzer von Schußwaffen diese bis zum 1. Mai l. J. bei der politischen bzw. Polizeibehörde anzumelden haben. Mit Rücksicht auf das Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der Innenminister mit Entschleßung vom 22.

März 1922, J. B. Zl. 5906, auf Grund des Artikels 1 dieses Gesetzes befohlen, daß in Städten und Märkten schon der Besitz eines Gewehres oder Revolvers an die Ausgabe einer besonderen Bewilligung gebunden ist, und das Unbeschadet des Artikels 4, der für das Tragen von Waffen einen Waffenpaß vorschreibt. Die Besitzer von Waffen in Städten und Märkten müssen in der Anmeldung im Sinne des Beschlusses

8 bis 12 und 14 bis 17 Uhr entgegengenommen werden: 23., 24., 25., 26. und 27. April. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr in Berücksichtigung gezogen werden und jedermann, der sich gegen diese Verordnung verhält, nach Artikel 2 des Gesetzes über den Besitz und das Tragen von Waffen vom 18. Februar 1922, Amtsblatt Nr. 30, streng bestraft werden. Auf Grundlage der vorgelegten Anmeldungen wird die Bezirkshauptmannschaft den Anmelbern außerhalb der Städte und Märkte die Bestätigung der Anmeldung und den Anmelbern in Städten und Märkten die Besitzbewilligung erteilen. Für das Tragen von Waffen gelten die bisherigen Vorschriften und es darf niemand auf Grund der Bestätigung über die Anmeldung bzw. der Besitzbewilligung die betreffende Waffe auch tatsächlich tragen.

Die Tankfrage in der tschechischen Armee. Aus einer Polemik zwischen dem tschechischen Militärbevollmächtigten in Paris Jaz und dem ehemaligen Leiter der Organisationsabteilung des tschechischen Generalstabes Kalhaus erfährt man wunderliche Dinge über die Franzosenwirtschaft in der tschechischen Armee. Jaz hatte sich in dem tschechischen Militärblatte sehr nachdrücklich für die Einführung von Tankeinheiten in der tschechischen Armee eingesetzt und dabei Kalhaus vorgeworfen, daß er aus mangelndem Verständnis diese „Reform“ hintertrieben habe. Aus der Antwort Kalhaus' erfährt man nun, daß dieser seinerzeit die Anschaffung von sechs modernen Tanks aus Frankreich empfohlen habe, diese von Frankreich jedoch nicht geliefert wurden, dagegen aber der ehemalige französische Chef des tschechischen Generalstabes Pellé den Ankauf von 76 alten französischen Tankwagen betrieb. Nur mit vieler Mühe sei es gelungen, diese unnütze Ausgabe zu verhindern. Der tschechische Militärattaché in Paris soll also wohl dieses unfaubere Geschäft neuerdings in Schwung bringen, aus dem die Tschechoslowakei ersehen kann, daß sie von den französischen Verbänden ungefähr so gewertet wird, wie die wilden Stämme, denen man unbrauchbare Gewehre für teures Geld anhängt.



Das reinweisse Licht macht die gasgefüllte Osram-Nitra-Lampe zur bevorzugten Lichtquelle

Die Explosionskatastrophe in Bitolj. Die Explosionskatastrophe in Bitolj (Monastir) entrollt sich erst in den letzten Meldungen in ihrer ganzen Furchtbarkeit. Laut einer Nachricht, die aus dem am Donnerstag abgehaltenen Ministerrat stammt, beträgt die Zahl der Toten 8000, während mehr als 30.000 Menschen obdachlos wurden. Die ganze Stadt liegt in Trümmern und das Feuer greift noch immer um sich. Nach bisherigen Feststellungen sind 400 Waggons Munition in die Luft geflogen. Man befürchtet noch weitere Explosionen. Im Offiziersheim und in einem Gebäude in der Hauptgasse der Stadt sollen noch weitere 400 Waggons Munition aufgestapelt sein, die jeden Augenblick explodieren können. Außerdem sind außerhalb der Stadt noch große Vorräte schwerer Munition aufgehäuft, deren Explosion ebenfalls befürchtet wird. Im Ministerrat wurde festgestellt, daß die Behandlung und Bewachung der riesigen Munitionsvorräte in Monastir sehr unsachgemäß und nachlässig durchgeführt wurde. Der Kreisvorstand von Monastir machte die maßgebenden Stellen schon mehrermale auf die Gefahr aufmerksam, die der Stadt und der Bevölkerung drohe. Doch erwiesen sich alle Ermahnungen als nutzlos. Der Ministerrat befaßte sich Donnerstag mit den Einzelheiten der einzuleitenden Hilfsaktion. In politischen Kreisen herrscht wegen der furchtbaren Katastrophe eine gedrückte Stimmung.

des Innenministers, J. O. Zl. 5906 vom 22. März l. J., auch um die Bewilligung des Besizes bitten. Das muß ohne Ausnahme und in jedem Falle geschehen, ob man nun im Besitze des Waffenpasses für das Tragen von Waffen ist oder nicht. Die Besitzer von Waffen in Städten und Märkten, die gleichzeitig mit der Anmeldung der Waffen auch um deren Besitz bitten müssen, haben ihre Gesuche mit einem 2-Dinarstempel zu stempeln und für die Stempelung der Erlaubnis überdies noch einen besonderen Betrag von 5 Dinar beizulegen. Alle Besitzer von Schusswaffen, die im Bereiche der Stadtgemeinde Celje wohnen, werden also aufgefordert, diese sofort anzumelden und die Gesuche um die besondere Bewilligung des Besizes von Waffen vorzulegen. Ort der Anmeldung Zimmer 9 auf dem städtischen Magistrate, wo diese und die Gesuche, die mit Stempeln von 2 und 5 Dinar versehen sein müssen, nur an folgenden Tagen in der Zeit von

stellungen sind 400 Waggons Munition in die Luft geflogen. Man befürchtet noch weitere Explosionen. Im Offiziersheim und in einem Gebäude in der Hauptgasse der Stadt sollen noch weitere 400 Waggons Munition aufgestapelt sein, die jeden Augenblick explodieren können. Außerdem sind außerhalb der Stadt noch große Vorräte schwerer Munition aufgehäuft, deren Explosion ebenfalls befürchtet wird. Im Ministerrat wurde festgestellt, daß die Behandlung und Bewachung der riesigen Munitionsvorräte in Monastir sehr unsachgemäß und nachlässig durchgeführt wurde. Der Kreisvorstand von Monastir machte die maßgebenden Stellen schon mehrermale auf die Gefahr aufmerksam, die der Stadt und der Bevölkerung drohe. Doch erwiesen sich alle Ermahnungen als nutzlos. Der Ministerrat befaßte sich Donnerstag mit den Einzelheiten der einzuleitenden Hilfsaktion. In politischen Kreisen herrscht wegen der furchtbaren Katastrophe eine gedrückte Stimmung.

Wirtschaft und Verkehr.

Der Stand der Nationalbank. Die Nationalbank weist am 31. März l. J. folgenden Stand auf: Notenzirkulation 4.784.799.280 Din. Die Steigerung der Notenzirkulation erfolgte wegen der Erhöhung der Eskompte- und Lombardsummen auf 897.775.132.20 Din, während der Betrag der Giroverpflichtungen die Summe von 889.249.610.05 Din aufweist. Die Metallunterlage verminderte sich um 2.814.157.51 und beträgt 393.920.914.11 Din. Die Staatsschulden bei der Nationalbank erfuhren keine Veränderung.

Der Sturz der fremden Valuten. Wie aus Zagreb gemeldet wird, nimmt das Sinken der fremden Valuten in Zagreb und Beograd immer stärkere Formen an, da Beograd größere Mengen auf den Markt wirft. Besonders die gut informierten Französisch-serbische und die Exportbank haben große Mengen Devisen auf den Markt geworfen. Die jugoslawische Krone ist in Zürich auf 2.15 hinauf gerückt.

Kein Ausfuhrverbot für Vieh und Nahrungsmittel aus Jugoslawien. Aus Beograd wird berichtet, daß die verbreiteten Gerüchte über ein bevorstehendes Ausfuhrverbot für Vieh und Nahrungsmittel nicht den Tatsachen entsprechen.

Verkäuferin
ehrlich, fleissig, verlässlich, der slovenischen und deutschen Sprache mächtig, wird für eine Bäckerei in Ptuj gesucht. Offerte mit Ansprüchen bei freier Wohnung und Verpflegung zu richten an die Verwlt. d. Bl. 27887

Tüchtiger Verkäufer
für Manufaktur, der slovenischen u. deutschen Sprache mächtig, findet sogleich guten Posten bei der Firma Slawitsch & Heller, Manufakturwarengeschäft, Ptuj.

Wein
Offerierte prima Vrsacer Gebirgsweine, 10 bis 11prozentig, je nach Qualität, zum Preise von 3.50 bis 3.75 Din per Liter, garantiert naturreine Produzentenweine. Besorge den kommissionsweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Taler**, Weinproduzent und Weinkommissionär, Vrsace. (Banat 8H8), Wilsongasse 4. Telefon 146.

Buchen- und Eichenwälder
eventuell Waldgüter mit Buchen- und Eichenanlagen geeignet zum Fällen, kauft die Firma Braća Janeković, trgovina drvom i parna pilana, Zagreb, Kukovićeva ulica 3.

Korke
in allen Grössen, sowie Veredlungskorke, gebohrt, liefert Korkstoppel-Erzeugung
J. A. Konegger, Studenci pri Mariboru.

Aeltere gebildete Witwe
tüchtig in Haus und Küche, sucht Stelle als Wirtschaftlerin bei Dame, Herrn oder älterem Ehepaar. Bevorzugt aufs Land oder Ausland. Gefl. Zuschriften unter „27892“ an die Verwaltung des Blattes.

Heilpflanzen
aller Arten (Lindenblüten, Fliederblüten, Kamillen, Laubwerk, Wurzeln etc.)
kauft und Sammelanweisungen erteilt die Firma
G. HOFFMANN & Co.
Maribor, Kopitarjeva ul. 11.
Filialen: Veliki Bečkerek (Banat), Dresden A Serrestrasse 5, Timisoara (Rumania) i Balmazujvaros (Madjarska).

Zwei Lehrlinge
werden sofort aufgenommen in der Gemischtwarenhandlung des **Peter Fleck** in Loče pri Poljčanah.

Kaufmannsfrau
Aeltere, tüchtige
sucht Stelle als Filialleiterin, Beschliesserin oder Kassierin in einem Badeorte oder eine ähnliche Vortrauensstellung. Gefällige Zuschriften unter „Kautionsfähig 27892“ an die Verwaltung des Blattes.

Werk- und Maschinenmeister
Aelterer, tüchtiger
mit erstklassigen Referenzen, sucht seine Stelle zu ändern. Geht auch als Reparaturwerkstättenleiter. Reflektiert auf Dauerstelle. Unter „Tüchtiger Fachmann 27875“ an die Verwaltung des Blattes.

Tüchtige, energische Dame
zur selbständigen Führung eines grösseren Haushaltes am Lande gesucht. Ausführliche Anbote an die Verwaltung des Blattes. 27891

Einladung
zu der am Donnerstag den 11. Mai 1922 nachmittags 2 Uhr in der Genossenschaftskanzlei stattfindenden

Vollversammlung des Pettauer Vorschussvereines
registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung.
Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit von mindestens einem Drittel der gesamten Mitglieder erforderlich; kommt eine beschlussfähige Versammlung nicht zustande, so findet eine zweite Vollversammlung am gleichen Tage und Orte um 3 Uhr Nachmittag statt, bei welcher jede Anzahl der erschienenen Mitglieder gültige Beschlüsse fassen kann.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Verhandlungsschrift über die Hauptversammlung vom 10. Juni 1921. 2. Vorlage des Rechnungs-Abschlusses für 1921. 3. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der vorgelegten Rechnung. 4. Vorschlag des Aufsichtsrates betreffend Deckung des im Jahre 1921 erwachsenen Verlustes. 5. Festsetzung des Zinsfußes für Darlehen und Einlagen. 6. Neuwahl des Obmannes, allenfalls Obmann-Stellvertreter und eines Mitgliedes der Vorsteherung. 7. Aenderung des Statutes. 8. Allfälliges.
Sollte jedoch die zur Beschlussfassung über den Punkt 7 der Tagesordnung erforderliche Anzahl von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder nicht anwesend sein, findet im Sinne des § 34, Abs. 2 des Statutes eine dritte Vollversammlung am 19. Mai 1922 am gleichen Orte um 3 Uhr nachmittags statt, an welcher nur der Punkt 7 der vorstehenden Tagesordnung zur Verhandlung gelangt und bei jeder Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. **Paul Pirich, Kassier. Jakob Matzun, Obmannstellvertreter.**
Ptuj, am 21. April 1922.